

**Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 111. Sitzung · 14. Juli 2022**  
**Rede Rolf Kahnt zu Antrag Aktuelle Stunde Fraktion der AfD**  
**Das sogenannte Chancen-Aufenthaltsrecht der Ampel – auch Schwarz-Grün in**  
**Hessen setzt neue Anreize für Massenmigration – Drucks. 20/8808 –**

<https://youtu.be/8SlBxBRlvzg?t=2166>

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die AfD-Fraktion legt mit ihrer Aktuellen Stunde einmal mehr ihr abscheuliches Spiel offen. Auf dem Rücken von Geflüchteten geht sie auf Stimmenfang und schürt mit Begriffen wie „Massenmigration“ weiterhin Ängste vor Flüchtenden und Migranten.

Die AfD-Fraktion hört nicht damit auf, zu hetzen und unsere Gesellschaft spalten zu wollen, und sie ist vor allem gegen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dem widersetzen wir uns heute einmal mehr und werden uns auch zukünftig widersetzen.

Zur Sache. Es geht um das Chancen-Aufenthaltsrecht für in Deutschland lebende Langzeitgeduldete, die bislang von Integrationsansätzen ausgeschlossen sind und endlich Perspektiven erhalten sollen, um von einem prekären Duldungsstatus in einen sicheren Aufenthaltstitel zu wechseln. Aus humanitären und gesellschaftlichen Gründen ist das eine zu begrüßende Maßnahme. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wird damit gefördert, und Ausgrenzungen und fehlende Teilhabe werden verhindert.

Nach Angaben der Bundesregierung betreffen diese Neuregelungen rund 136.000 Inhaber einer Duldung. Weil es der AfD auch an Rechtsverständnis fehlt, ein Hinweis: Eine Abschiebung dieser Personen ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich und wird auch in nächster Zukunft in vielen Fällen zu Recht ausgesetzt. Denken wir an die dramatischen Zustände in Afghanistan oder an die Sicherheitslage im Irak.

Binnen einer Jahresfrist räumt man diesen Personen also Zeit ein, erstens Sprachnachweise auf dem Niveau A 2 zu erbringen, die sie von Integrationskursen nicht ausschließen, zweitens ihren Lebensunterhalt weitgehend selbst zu sichern – Arbeitsverbote sind eines der Haupthindernisse für die Integration – und drittens ihre Identität nachzuweisen. Das ist für diese Personen oft eine sehr hohe Hürde. Die Beantragung eines Chancen-Aufenthaltsrechts ist mit der Einreichung eines Führungszeugnisses verbunden.

Ob mit den geplanten Instrumenten das Phänomen der Kettenduldungen der Vergangenheit angehört, bleibt offen. Eingegangene Stellungnahmen von Wirtschaftsvertretern und Wohlfahrtsverbänden legen die Schwachstellen der Regelungen offen. Allerdings besteht zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens auch Zeit für Nachbesserungen. Abschließend: Die Neuregelungen im Aufenthaltsgesetz sollen nach drei Jahren wieder außer Kraft gesetzt werden. Somit kann überhaupt nicht von einer „Massenmigration“ die Rede sein. Im

Gegenteil, das ist eine positive humanitäre Initiative, die auf eine gelingende Integration abzielt.

Die AfD-Fraktion mit ihrer menschenverachtenden Position will das auf keinen Fall. Das ist – wie es die Kollegin Kula einmal zutreffend an die Adresse der AfD formulierte – einfach nur widerlich.

Vielen Dank